

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Aus Pandemieerfahrungen lernen - Anti-Corona-Maßnahmen strategisch neu ausrichten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die SARS-CoV-2-Pandemie und die politischen Gegenmaßnahmen haben die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vieler Länder der Erde, Europas und auch Deutschlands beeinträchtigt. Die Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen sind hart, manche geraten in existentielle Ängste. Die Orientierung des Regierungshandelns an den Inzidenzwerten lässt derzeit nicht erkennen, ob und wann wieder ein normales gesellschaftliches Leben einkehren kann. Alle Menschen in unserem Land sehnen sich nach dieser Normalität. Die Einschränkung der Grundrechte aufgrund der Pandemie wird von vielen Bürgern zunehmend als unverhältnismäßig eingeschätzt.

Die Fokussierung der Politik auf willkürlich festgelegte Inzidenzgrenzwerte, ob es die diskutierten Werte 100, 50, 35 oder auch 0 sind, als Begründung für z. T. drastische Eingriffe in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben muss inzwischen als gescheitert angesehen werden.

Diese Auffassung setzt sich mehr und mehr durch, zumal die Erkrankung bei Infektion mit SARS-CoV-2 inzwischen besser bewertet werden kann. Ein hoher Prozentsatz der Infizierten weist keine Krankheitssymptome auf und besitzt nur eine geringe Infektiosität. Ein weiterer Teil erlebt die üblichen respiratorischen Beschwerden eines grippalen Infektes. Gefährlich kann die SARS-CoV-2-Infektion vor allem für ältere und vorerkrankte Menschen sein. Ein geringer Prozentsatz erleidet schwere Krankheitsverläufe, die auch zum Tode führen können. Dies ist aber zunehmend seltener der Fall, weil die Ursachen der schweren Verläufe inzwischen bekannt und besser medizinisch beherrscht werden können.

Es stehen zudem eine Reihe unterschiedlicher Impfstoffe für eine Impfung der Bevölkerung zur Verfügung.

Die Auseinandersetzung mit dem SARS-CoV-2-Virus, ebenso wie mit dem Influenza- und den anderen respiratorischen Viren, in der Lebenswirklichkeit muss akzeptiert werden und darf dabei die Lebensqualität nicht infrage stellen.

-
- II. Die Landesverordnungen zur Bewältigung der SARS-CoV-2-Pandemie sollen sich künftig stärker an den Primärindikatoren des Infektionsgeschehens orientieren. Das könnten z. B. sein:
1. die Zahl der klinisch symptomatisch Erkrankten mit ambulanter Behandlung,
 2. die Zahl der stationär behandlungsbedürftigen Infizierten, darunter die Zahl der schweren Krankheitsverläufe,
 3. die Letalitätssrate und
 4. die zur Verfügung stehenden Behandlungsressourcen.
- III. Sekundärindikatoren, wie z. B. das Ergebnis eines PCR-Tests oder Antigen-Schnelltests, können bei der Eingrenzung eines akuten, lokalen Infektionsgeschehens und/oder zur Abgrenzung von anderen respiratorischen Erkrankungen herangezogen werden. Die derzeit existierenden Tests taugen nur bedingt als Massenscreening zur Bestimmung der Inzidenzwerte.
- IV. Mathematische Modellrechnungen (z. B. auf Grundlage des Kermack-McKendrick-Modells: Verlaufsrechnungen) sind lediglich Prognoserechnungen, die auch nur als solche zu bewerten sind. Sie sind i. d. R. eine Näherung an die Wirklichkeit der Praxis, aber besitzen für sich allein keine hinreichende Sicherheit zur Begründung starker präventiver Eingriffe in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben.
- V. Die Anti-Corona-Maßnahmen sind auf den direkten Schutz der vulnerablen Gruppen und eventuell lokale oder regionale Infektionsherde zu beschränken. Der Lockdown wird schnellstmöglich aufgehoben und durch gezielte epidemiologische Maßnahmen ersetzt.
- VI. Den wenig gefährdeten Bevölkerungsgruppen wird ermöglicht, die normale Lebensführung wieder aufzunehmen unter eigenverantwortlicher Berücksichtigung einer moderaten natürlichen Infektionsgefahr. Damit soll auch eine natürliche Durchseuchung neben der in Aussicht gestellten Impfung akzeptiert werden.
- VII. Die Krisenkommunikation der Landesregierung ist dahingehend zu verbessern, dass nicht die Erzeugung von Angst vor dem Virus in den Vordergrund gestellt wird, um die Akzeptanz obrigkeitsstaatlicher Maßnahmen zu erreichen, sondern die vernünftige sachliche Information der Bevölkerung und die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Bürger.

Nikolaus Kramer und Fraktion